

NACH DER KOMMUNALWAHL

Stillstand oder Neuanfang?

Die neue Wahlperiode beginnt mit altbekannten politischen Problemen.

Das Ergebnis der Kommunalwahl im März spiegelt wichtige Verschiebungen im politischen Diskurs der Stadtgesellschaft wider. Die SPD, rund 75 Jahre lang die dominierende politische Kraft in der Stadt, wurde erkennbar abgewählt. Ihre politische Hegemonie ist zum Schluss nur noch mit einer strukturkonservativen Politik des „Weiter so“ verbunden worden.

Die Grünen, die letztlich von der in den letzten Jahren erstarkten Klimabewegung profitiert haben, sind nun stärkste Kraft im Stadtparlament. Sie stehen nun mächtig unter Druck, die hohen Erwartungen ihrer Wähler*innen zu erfüllen. Ob mit dieser Partei eine echte Verkehrswende und das nötige klimapolitische Umsteuern durchsetzbar sein wird, darf allerdings bezweifelt werden.

Wer bietet Antworten auf die vielfältigen sozialen Probleme, von steigenden Mieten und Mangel an bezahlbarem Wohnraum über die sozialräumliche Spaltung der Stadt in wohlhabende und arme Stadtteile? Wer ergreift Maßnahmen gegen prekäre Arbeit und Niedriglohnjobs bis hin zum erschreckenden Ausmaß der Kinderarmut, insbesondere in der Nordstadt, Rothenditmold, Wesertor und anderen benachteiligten Wohngebieten? In dieser Hinsicht ist von den Grünen, letztlich einer linksliberal-bürgerlichen Milieupartei, wenig Fortschrittliches zu erwarten. Die SPD entdeckt die soziale Frage meist pünktlich zum Beginn des Wahlkampfes, um dann nach der Wahl doch eher die Verwaltung des Mangels bei vollen Kassen zu betreiben. Und CDU und FDP haben erst recht wenig anzubieten außer Lobbypolitik für eine alternde begüterte Klientel, die am Brasselsberg oder in Wilhelmshöhe wohnt, aber sich mehr vor der Straßenkriminalität am

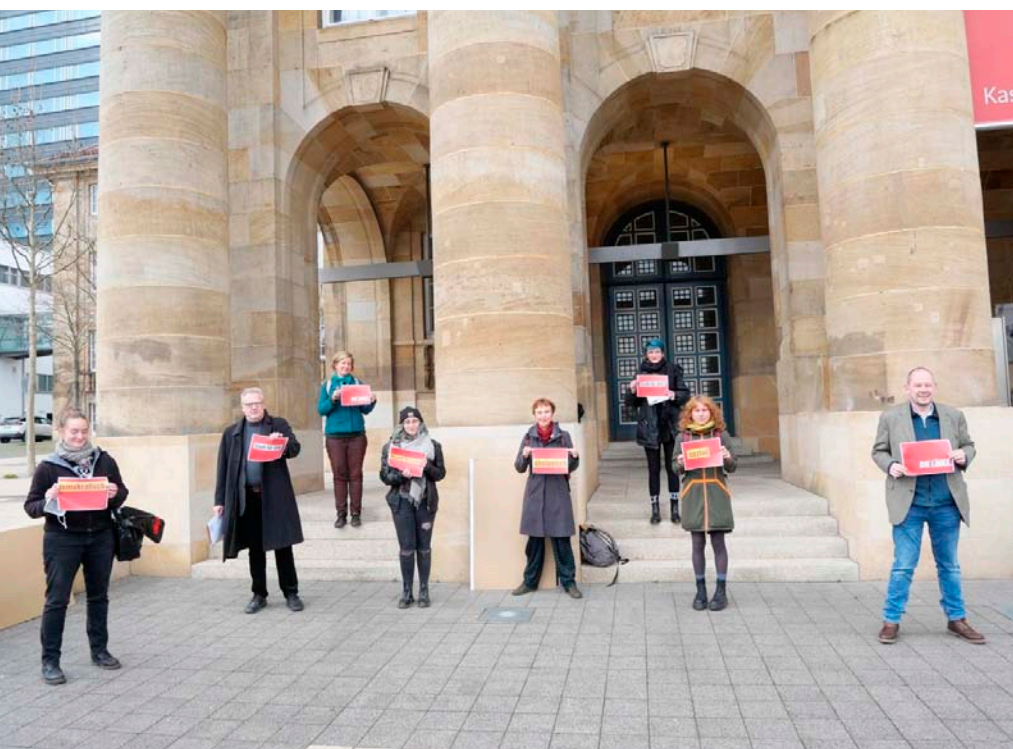
Stern fürchtet als vor den wirklichen Problemen dieser Stadt. Und von den erwiesenermaßen an realen kommunalpolitischen Problemen völlig desinteressierten Rechtspopulisten und Faschisten der AfD gar nicht zu reden ...

DIE LINKE sah sich mit ihrem Wahlergebnis darin bestätigt, programmatisch den radikalen sozial-ökologischen Umbau der Stadt mit einer konsequenten Orientierung auf die sozialen Bewegungen und den Fokus auf eine verbindende Klassenpolitik zu verbinden. Ausgezahlt hat sich gerade auch, dass wir seit vielen Jahren eng und auf Augenhöhe mit Initiativen zusammenarbeiten, deren Anliegen wir ins Parlament zu tragen versuchen, ohne zu vereinnahmen. Am Ende wurden es bei der Wahl dann 11,2 Prozent und acht Sitze in der Stadtverordnetenversammlung. Zudem gelang uns der Einzug in alle acht Ortsbeiräte, für die wir Listen aufgestellt hatten. Besonders erfreulich waren unsere Ergebnisse in Nord (Holland), wo wir mit 31,9 Prozent stärkste Partei wurden. Mit Ali Timtik stellen wir dort nun den Ortsvorsteher.

Auch die Zusammensetzung unserer Stadtverordnetenfraktion hat sich geändert. Sie besteht nun aus sechs Frauen und zwei Männern und wird von einer Doppelspitze geführt. Vier der acht Stadtverordneten sind neu in diesem Gremium. Darunter Luisa Sümmermann, die vor ein paar Jahren den Radentscheid Kassel mitinitiierte und den hier regierenden Protagonisten einer immer noch in erster Linie autogerechten Verkehrspolitik auch schon außerparlamentar-

bitte umblättern...

DIE LINKE.
Linksfraktion Kassel



Unsere Fraktion bei der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

risch einiges Ungemach bereitet hat.

Sabine Leidig, die bisher als verkehrspolitische Sprecherin für die LINKE im Bundestag sitzt, hat sich bereits bei den ersten Stadtverordneten- und Ausschusssitzungen nach der Wahl ziemlich irritiert über den Mangel an Diskussionskultur gezeigt. Die Unlust an echter sachpolitischer Auseinandersetzung und das stumpfe Abstimmen von Magistratsvorlagen zeige, dass deren Inhalt den meisten Stadtverordneten unbekannt sein dürften. Auch im Magistrat sind wir

nun in neuer Besetzung und auch gleich mit zwei ehrenamtlichen Stadträt*innen vertreten, mit Kai Boeddinghaus und Ingrid Heußer-Domes.

Nachdem sich Grüne und SPD auf eine Neuauflage der Koalition geeinigt haben, sieht es nicht danach aus, als würde die einen tatsächlichen Neuanfang versuchen. Der inzwischen vorliegende Koalitionsvertrag, der neben vielen schönen und richtigen Spiegelstrichen vor allem viele schwammige Formulierungen und

diplomatische Gemeinplätze enthält, lässt in dieser Hinsicht wenig Gutes erwarten. Ebenso wie die Tatsache, dass SPD und Grüne in den ersten Stadtverordnetensitzungen einträchtig einfach mal die Anträge der Opposition von der Tagesordnung stimmten. Die Kräfteverhältnisse in der Koalition mögen sich verschoben haben, aber der Stil bleibt der alte. Hier bleibt also noch viel Arbeit für eine konsequente linke Opposition.

Lutz Getzschmann

Aus den Ortsbeiräten

Wesertor

DIE LINKE im Stadtteil Wesertor hat nach einem intensiven Kommunalwahlkampf den Einzug in den Ortsbeirat als zweitstärkste Kraft geschafft. Wir konnten zwei Sitze erringen und stellen dort den stellvertretenden Ortsvorsteher.

Für die Stadtteilpolitik haben wir aktuell zwei zentrale Themenfelder. Zum einen den problematischen Abbau von Bänken am Wesertorplatz durch die Stadt und damit einhergehender sozialer Ausgrenzung in öffentlichen Räumen. Zum anderen wollen wir Lösungen für das Müllproblem im Stadtteil entwickeln. Aktuell trifft sich unsere Gruppe zur Vor- und Nachbereitung der Gremiensitzungen des Ortsbeirates Corona-konform digital bei Zoom. Perspektivisch soll dies zu einem konstanten Ortsverbandstreffen verstetigt werden. Wir sind offen für Anregungen, Kritik und Impulse, die in den Ortsbeirat getragen werden können.

Wir haben aber noch viel mehr Pläne und Ideen. Also kommt gerne vorbei und helft uns, die Ideen vom Papier in die Tat umzusetzen.

Oliver Schulz

Vorderer Westen

Im April 2021 haben zwei Ortsbeiratsmitglieder der Basisliste West/DIE LINKE ihre Arbeit im Ortsbeirat aufgenommen. Das ist das erste Mal überhaupt, dass es linke Ortsbeiräte in diesem Stadtteil gibt.

So landete eine Basisinitiative aus hauptsächlich nicht parteigebundenen Menschen des Viertels, die sich im Mai 2020 im Stadthallengarten gegründet hat, in der unmittelbarsten politischen Institution, die Stadtpolitik so zu bieten hat. Das war der Plan, und er ist aufgegangen, nicht zuletzt wegen der Verknüpfung von persönlichem Engagement und der Unterstützung durch die DIE LINKE.

Die gewählten Vertreter*innen, die jetzt an den Sitzungen des Ortsbeirats teilnehmen, betrachten sich als Delegierte der gesamten Gruppe, die sich regelmäßig trifft, austauscht und plant. Die Themen Wohnen & Gentrifizierung, Sozialökologische Wende und Klimapolitik, Verkehrspolitik und Bürgerbeteiligung verhandeln wir nicht nur im Gremium des Ortsbeirats, sondern auch intensiv mit den Menschen vor Ort: in der Organisation von Mieter*innen, die vom Abriss ihrer Wohnungen bedroht sind, durch Informationsveranstaltungen, Planungen für Aktionen im Stadtteil.

Axel Garbelmann

Kirchditmold

In Kirchditmold versteht sich der Ortsbeirat tatsächlich als Plattform/Basis für alle Bürger*innen. Er ist offen für jede*n. So gibt es bei jeder Sitzung des Ortsbeirates zu Beginn eine Fragestunde für die

Menschen, zu der die Themen und Anliegen, die nicht auf der Tagesordnung stehen, angesprochen werden können. Nach dieser Bürgerfragestunde kann natürlich auch jede*r zu den Themen der Tagesordnung reden. Dies ist sehr basisdemokratisch, achtsam und nimmt alle im Stadtteil mit. Genauso gestaltet sich die gemeinsame Arbeit bisher im Ortsbeirat.

In der ersten Sitzung ging es um die Konzeptstudie zur Ortskernumgestaltung. Es wird gemeinsam erarbeitet, wie der Ortskern für alle in Zukunft gestaltet und entwickelt werden soll. Die Menschen, Institutionen und Vereine in Kirchditmold werden mit Umfragen, Interviews und Workshops beteiligt.

In Kirchditmold haben wir eine sehr aktive und nette Ortsgruppe mit Parteimitgliedern und Parteilosern gebildet. Die regelmäßigen Treffen waren bisher sehr schön und es gibt bereits richtige Projekte für die Basisarbeit. Ich kann jede*r Interessierten die Arbeit im Ortsteil nur empfehlen. Es ist ein schönes Miteinander, nah an den Menschen vor Ort und sorgt auch immer wieder für Überraschungen.

Lars Künzel

Mehr Informationen und Kontaktmöglichkeiten auch zu den anderen Ortsbeiratsgruppen unter www.linksfraktion-kassel.de



Lädt nicht zum Verweilen ein: Wesertorplatz

VERKEHR

Für Veränderungen brauchen wir euch

Seit mehreren Jahren fordern Aktivist*innen eine Verkehrswende für Kassel.

Die Initiative Nahverkehr setzt sich für den Ausbau des Nahverkehrs (ÖPNV) ein, Radentscheid und ADFC fordern den Ausbau sicherer Radwege. Diverse Gruppen engagieren sich für Klimaschutz in der Stadt und machen deshalb auf die Notwendigkeit des Umstiegs vom Pkw auf andere Verkehrsmittel deutlich.

Ein großer Anteil der klimaschädlichen Gase entstehen im städtischen Raum durch Verbrennungsmotoren im Verkehr. Die Gruppe Klimagerechtigkeit Kassel (KligK) arbeitet zu diesem Thema, ebenso wie Extinction Rebellion (XR), die Initiativen und Verbände im Umwelthaus und das Verkehrswende-Bündnis.

Kassel hat das große Glück, viele engagierte Menschen vor Ort zu haben, die sich für eine zukunftsfähige und lebenswerte Stadt einsetzen. Und leider nach wie vor das Pech, einer extrem rückständigen Verkehrspolitik, die auf dem Umbau Kassels zur „autogerechten Stadt“ seit den 50er/60er-Jahren basiert. Damals entschieden sich Stadtplaner und Kommunalpolitik für breite Straßen quer durch und um die Innenstadt sowie damals noch überdimensionierte Kreuzungen (wie am Altmarkt) für den Autoverkehr der Zukunft. Kassel wollte modern sein und griff dafür auch auf Pläne zurück, die aus der Nazi-Zeit stammten. Der erwartete Autoverkehr kam und dominiert unsere Stadt bis heute. Fußgänger*innen und Radfahrer*innen haben es nicht leicht in Kassel, auch wenn längst klar ist, dass die Stadt der Zukunft nicht autogerecht, sondern klimaverträglich und menschenfreundlich sein muss.

Was wir brauchen, ist die „Stadt für Menschen“, wie der visionäre dänische Stadtplaner Jan Gehl es formulierte. Viel weniger Autos, mehr Stadtgrün und Lebensqualität! Für den Umstieg braucht es einen gut ausgebauten und kostengünstigen – perspektivisch kostenlosen – ÖPNV für alle. Außerdem braucht es durchgehende Radwege, die vorm Au-

toverkehr geschützt sind, sichere Fußwege und eine Umverteilung der Verkehrsflächen. Momentan wird extrem viel Platz in deutschen Städten an den Autoverkehr verschenkt, ob für Straßen oder Parkflächen. Die meisten Pkws werden nur ein bis zwei Stunden am Tag benutzt, die restlichen Zeit beanspruchen sie Parkplätze, oft im öffentlichen Raum, in Kassel viel zu oft kostenlos. Das alles muss sich ändern, und zwar zügig, denn das Klima wartet nicht darauf, dass auch die rückständigsten unter den kommunalen Entscheider*innen merken, dass es so nicht weiter geht. Die Verkehrswende muss ökologisch sein und auch sozial. Veränderungen dürfen nicht zu-

lasten der ärmeren Bewohner*innen gehen.

Intransparenz statt Verkehrswende

Trotz der zahlreichen Rufe nach Veränderung ist in Kassel in den letzten Jahren nicht viel passiert, was die benötigte Verkehrswende voranbringt. Ein „Schutzstreifen“ für Radfahrer*innen hier, ein Elektrobus da, punktuell Ausschilderung von Tempo 30 und Fahrradstraßen, die nicht respektiert werden. Die Maßnahmen der letzten Jahre sind wenig ambitioniert und viel zu zögerlich! Trotz der Versicherungen des amtierenden Bürgermeisters, Kassel werde



Freie Fahrt für Radfahrer*innen? Kreuzung am Altmarkt.

das neue Kopenhagen, erscheint es den Radfahrenden, als hätte es die 22.000 Unterschriften für den Radentscheid nie gegeben. Politik und Verwaltung folgen weiterhin ihrer bisherigen Langzeitplanung im Verkehrsbereich. Eine Umverteilung des Straßenraumes zugunsten der umweltverträglichen Verkehrsmittel findet kaum statt. Nach wie vor werden nur Minimallösungen für den Radverkehr umgesetzt, weil man sich nicht traut den Autos Platz wegzunehmen.

Dazu kommt, dass faktisch viel weniger Geld für Radwege eingesetzt wird als versprochen und Zahlen geschönt werden, zuletzt im „Bericht zur Förderung des Radverkehrs“ des zuständigen Amtes. Es wird gerne so getan, als würde aktuell viel getan für Kassels Radfahrer*innen. In der Praxis müssen wird aber leider feststellen, dass die Situation weiterhin miserabel ist. Bus- und Bahnfahren bleibt für die meisten teuer. Kassels Stadtteile sind unterschiedlich gut (oder schlecht) erreichbar. Die LINKE fordert, die Einsparungen im Zuge der Liniennetzreform, in den sinnvollen Ausbau des ÖPNV zu investieren. Dabei soll die Taktung erhöht und die Anbindung der finanziell schwächeren Stadtteile verbessert werden.

Bei der Tram nach Rothenditmold und Harleshausen gibt es keine Fortschritte. Die 2018 (!) durch die Stadtverordneten in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie wurde von der KVG immer noch nicht veröffentlicht (Stand Juni 2021). Den Stadtverordneten wurde lediglich

mitgeteilt, dass der Bau der neuen Verbindung nicht „wirtschaftlich“ sei. Wir warten weiterhin auf Details der Berechnungen und gehen davon aus, dass einigen Entscheidungsträger*innen diese Zahlen schon lange bekannt sind.

Zuletzt machte die SPD Wahlkampf mit dem Ausbau der Tram, die jetzt erst einmal nicht kommt. Weil aber davon auszugehen ist, dass es durch veränderte Bewertungskriterien zukünftig doch Fördergelder für den Bau der Tramlinie gibt, ist es wichtig, jetzt mit der Beteiligung der Bürger*innen in den betroffenen Stadtteilen zu starten. Bislang erfährt die Idee dieser neuen Tramlinie viel Zuspruch und so kann es auch bleiben, wenn die Menschen mitgenommen und bei den Planungen nicht außen vor gelassen werden.

Dass die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie bisher nicht veröffentlicht wurden und die Stadtverordneten der Linksfraktion auf ihre Anfragen dazu keine Antworten erhalten, zeugt von politischer Arroganz und einem zweifelhaften Demokratie-Verständnis. Das gehört in Kassel leider zum politischen Alltag der Fraktionär*innen. Auskünfte werden verschleppt und Intransparenz als Mittel zum Machterhalt genutzt.

Gute Ideen gibt es genug

Der Klimaschutzrat wurde auf Druck von Klima-Aktivist*innen konstituiert und soll konkrete Vorschläge erarbeiten, wie die „Klimaneutralität“ bis 2030 erreicht werden soll. Nach einem langwie-

rigen Start werden von den Mitgliedern der sogenannten „Themenwerkstätten“ nun fleißig Maßnahmen produziert, die dann zunächst an den Magistrat mit dem OB und den Dezernent*innen weitergeleitet werden. Dort scheinen die Vorschläge des Klimaschutzrates derzeit zu versickern. Weil die Sitzungen des Magistrats nichtöffentlich sind, ist es für Interessierte schwer nachzuvollziehen, was dort passiert. Faktisch wurde aber bislang kaum eine Maßnahme umgesetzt oder hat ihren Weg in die Stadtverordnetenversammlung gefunden. Wozu dann die ganze ehrenamtliche Arbeit des Klimaschutzrates? Signale und schöne Worte reichen längst nicht mehr, denn wird brauchen endlich entschlossene Umsetzungsschritte! Der bislang umfangreichste Vorschlag aus dem Klimaschutzrat ist das, unter Mitarbeit von Prof. Sommer und seinem Team entstandene „integrierte Mobilitätskonzept“. Darin werden zahlreiche Maßnahmen vorgeschlagen, die miteinander zusammenhängen und aus Sicht der LINKEN bald umgesetzt werden sollten. Es fehlt allerdings (noch) am politischen Willen zur Umsetzung. Zum Glück lassen die Aktivist*innen nicht locker und machen mit Aktionen immer wieder auf ihre Forderungen aufmerksam. Wir unterstützen dieses Engagement weiterhin mit Anfragen und Anträgen und setzen uns für Transparenz in der Kommunalpolitik ein. Gemeinsam sind wir stark und können die sozial-ökologische Verkehrswende vorantreiben. Bleibt kritisch und laut!

Luisa Sümmermann

SPORT/GESUNDHEIT

Breitensport in Not

Die Corona-Pandemie wirkt auch auf den Breiten- und Amateursport wie ein Brennglas.

Der Landessportbund Hessen veröffentlichte kürzlich in seiner Bestandserhebung die Mitgliederzahlen für Hessen. Klar ist, dass es einen signifikanten Mitgliederrückgang in den Vereinen gibt. Das gilt vor allem für urbane bzw. städtische Gebiete.

Ein Sportübungsleiter aus dem Kasseler Osten, der Kinder trainiert, klagt sein Leid: „Das Vereinsleben ist komplett

zum Erliegen gekommen. Der Kontakt über digitale Medien wie Zoom gestaltete sich von Anfang an schwierig, da nicht alle Kinder ein Tablet oder einen Laptop haben. Irgendwann war dann Schluss.“

So bleibt jetzt lediglich die Hoffnung, dass es nach den Sommerferien wieder zu einem regulären und unbeschwernten Trainings- und Spielbetrieb kommt. In Kassel gibt es 172 Sportvereine, die ein großes Angebot an Sportarten abdecken. Einige Vereine haben im Rahmen des städtischen Corona-Hilfsprogramms „Kopf hoch Kassel“ Gelder in Höhe von

bis zu 5.000 Euro bekommen. Der Maßstab zur Berechnung waren entgangene Eintrittsgelder und andere Einnahmeverluste wie z. B. Mitgliedsbeiträge.

Die finanzielle Lage der Vereine ist aber nur ein Teil der Konsequenzen, die durch die Pandemie zu schultern sind. Die primäre Frage lautet, wie man mit Kindern und Jugendlichen umgeht, die seit vielen Monaten keinen Schulsport, geschweige denn Sport während ihrer Freizeit in Vereinen ausüben konnten. Hinzu kommt noch, dass der Schwimmunterricht in den Schulen ebenfalls nicht stattfand.

Sämtliche sportwissenschaftliche Studien weisen darauf hin, dass die Herausbildung der koordinativen und feinmotorischen Fähigkeiten von Kindern bis zum 13. Lebensjahr herausgebildet werden. Was bis dahin nicht erlernt worden ist, wird in der Regel nur schwer nachgeholt. Insofern kann es der Politik auch auf kommunaler Ebene nicht egal sein, wenn Kinder und Jugendliche seit nunmehr eineinhalb Jahren in ihrem Bewegungsdrang gehindert werden. Damit

findet der soziale Charakter des organisierten Vereinssports, der auch eine gesamtgesellschaftliche Dimension hat, so nicht mehr statt.

Es hilft auch nichts, per se die Stärkung des Ehrenamtes zu fordern, wie es aus dem GRÜNE/SPD-Koalitionsvertrag hervorgeht, ohne aber konkrete Ideen und Vorschläge inhaltlich zu benennen. Die Rubrik Sport im Koalitionsvertrag in Kassel hat leider eine zu GRÜNE Handschrift.

Sie erklären darin den Sport als Teil des Lebensgefühls und möchten sogenannte Individualtrendsportarten sowie das E-Gaming explizit fördern. Mehr Sozialdarwinismus in der Sportförderung geht nicht! Die Linksfraktion im Kasseler Rathaus wird sich in der nächsten Zeit mit der Sportpolitik in Kassel beschäftigen und ihrerseits Vorschläge unterbreiten.

Mirko Düsterdieck

STADTENTWICKLUNG

Wohnraum darf keine Ware sein

Wirksam gegen Mietenwahnsinn ist, wenn möglichst viel in kommunaler Hand liegt und dem freien renditegetriebenen Wohnungsmarkt entzogen ist.

Das hilft allerdings wenig, wenn sich öffentliche Wohnungsbaugesellschaften ähnlich verhalten wie private. Beobachten kann man das aktuell in der Rembrandtstraße (Nassauische Heimstätte/Wohnstadt) und in der Breitscheidstraße (GWG). An beiden Orten sollen neue Quartiere entstehen. Gepriesen werden die Projekte vom Magistrat für ihre soziale Durchmischung. So sollen dort 30 Prozent Sozialwohnungen, 40 Prozent frei finanzierte Wohnungen und 30 Prozent Eigentumswohnungen entstehen.

Der Neubau von Sozialwohnungen ist ja schön und gut. Es war schließlich die LINKE, die dieses Instrument in Kassel vorangebracht hat. Es gibt jedoch einen entscheidenden Haken. An beiden Orten stehen schon Häuser, und in beiden wohnen Menschen. Die vorhandenen Wohnungen sollen abgerissen werden, um den neuen Quartieren Platz zu machen. Aus unserer Sicht ist klar:

1. Mieter*innen zu vertreiben ist nicht sozial (und wir werden an ihrer Seite kämpfen, dass diese Bauvorhaben geändert werden)!
2. Neubau wird nie so günstig wie Bestand sein. Die Energiebilanz eines Abrisses funktionstüchtiger Häuser zugunsten eines Neubaus ist unökologisch!
3. Es ist die Aufgabe öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften, vor allem diejenigen mit Wohnraum zu versorgen, die auf dem freien Markt keine Chance

haben. Das sind gerade jene, die von Armut, unsicheren Jobs und wenig Einkommen betroffen sind.

Mieterschutz statt Investorenschutz

Die Sozialwohnungsquote wurde eingeführt, damit auch private Investoren einen Teil beitragen und die schlimmsten Immobilienhaie abgeschreckt werden. Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften müssen einen sehr viel höheren Anteil als 30 Prozent beitragen und nicht Eigentumswohnungen bauen. Das ist

umso notwendiger, weil jahrelang verschlafen wurde, steuernd und schützend in den Wohnungsmarkt einzugreifen. Zu lange hieß es, die Kommune könne nichts tun und immer noch wird vor allem eine investorenfreundliche Stadtentwicklung vorangetrieben. Wir setzen uns dafür ein, dass endlich Politik zum Schutz der Mieter*innen gemacht wird. Lasst uns an Berlin ein Beispiel nehmen und eine starke Mietebewegung aufbauen.

Violetta Bock



Wie bitte? Abriss intakter Häuser in der Beitscheidstraße geplant für Neubau der GWG

UMWELT/KLIMA

Klimaneutralität - wo steht Kassel?

Im August 2019 hat die Stadt Kassel ausgehend vom Druck aus der Zivilgesellschaft beschlossen, bis 2030 die Klimaneutralität anzustreben.

Damit reiht sie sich in die Städte ein, die im Sinne der Climate Emergency Declaration (deutsch: Erklärung des Klimanot-



Kohlekraftwerk an der Dennhäuser Str.

stands) dazu beitragen wollen, die globale Erderwärmung zu begrenzen. Was also ist in Kassel seit dem Beschluss passiert?

Seitdem wird viel über das Klima geredet. Ein Klimaschutzrat hat die Arbeit aufgenommen. Weitere Maßnahmenideen werden beim Klimaplan von unten ehrenamtlich entwickelt. Die Kommunalwahl hat das knappe Rot-Grün in ein sattes Grün-Rot verändert, im Koalitionsvertrag heißt es sogar, man wolle Deutschlands erste klimaneutrale Großstadt werden.

Und trotzdem: von der Umsetzung sieht man wenig. Zwei Jahren sind inzwischen vergangen, neun Jahre liegen noch vor uns. Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen. Laut Beschluss sollten Anstrengungen in den Sektoren Energie, Mobilität, Landwirtschaft und Konsum mit dem Ziel Klimaneutralität bis 2030 unternommen werden. Aber: Der politische Beschluss zum Kohleausstieg 2025, wenn möglich 2023, steht noch aus. Wir haben mit der CDU gemeinsam einen solchen Antrag gestellt, der vor der Kommunalwahl noch eine Mehrheit bekommen hätte. Seit April wird unser Antrag Sitzung für Sitzung von der Grün-Roten Mehrheit geschoben, um der Diskussion zu entgehen. Das ist nicht nur unökologisch, sondern auch zutiefst undemokratisch.

Im Feld der Mobilität sieht es nicht besser aus. Die Pläne für die Tram nach

Harleshausen wurden für dieses Jahr gestoppt. Anfragen und Anträge dazu werden seit zwei Jahren nicht beantwortet oder ebenfalls geschoben. Teure Tiefgaragen für Autos werden dagegen weiter kräftig gebaut. Radfahrer*innen müssen sich trotz Beschluss auch in Zukunft an einigen Stellen den Platz mit Fußgänger*innen teilen, damit Autos in ihrem Platz nicht beschränkt werden. Bauvorhaben wird stattgegeben, ohne dass auch nur der Klimabeschluss erwähnt wird. Wann beginnt sie denn die große Verkehrs-, Agrar- und Energiewende?

Wir fordern gerade den entsprechenden Bericht an, stellen Anfragen und machen konkrete Vorschläge. Etwa zur kurzfristigen Freigabe von Fahrbahnspuren für Radfahrende, zur Verbesserung des Angebots bei Bus und Bahn oder auch zur Ablehnung des A44-Baus. Und auch wenn das seit April alles abgelehnt wurde: so legen wir den Finger in die Wunde, drängen zur Umsetzung und stellen dort Fragen, wo sonst manchmal nur geschwiegen wird. Für den sozial-ökologischen Umbau reicht das aber noch nicht. Deshalb wollen wir mit euch gemeinsam Bilanz ziehen.

Violetta Bock

Vormerken: Am 26. August laden wir ein zur Veranstaltung „Zwei Jahre nach dem Klimabeschluss“. Wir freuen uns auf zahlreiches Erscheinen. Infos unter: www.linksfraktion-kassel.de

KULTUR

Krisenfeste und nachhaltig Förderung

Stephanie Schury vertritt seit 2016 DIE LINKE im Kulturausschuss der Stadt Kassel und zeigt sich aktuell aufgrund der pandemischen Lage sehr besorgt um die Kasseler Kunst- und Kulturszene.

„Es ist viel passiert in Kassels Kunst- und Kulturszene seitdem das Dezernat für Kultur nicht mehr beim Oberbürgermeister angesiedelt ist und die Kultur endlich eine eigene Dezernentin bekommen hat. Es wurde eine Kulturkonzeption mit Zielvorgaben für die nächsten zehn

Jahre erarbeitet - zusammen mit Akteuren aus Kunst und Kultur. Dieser Prozess hat auch der Vernetzung innerhalb der Kunst und Kultur, zwischen institutionellen Einrichtungen und der freien Szene gedient.

Einige Punkte wurden bereits umgesetzt, etwa mehr Beratungsangebote bei Beantragung von Fördermitteln, auf anderen Ebenen besteht aber noch Handlungsbedarf. Etwa bei Räumen, der Struktur der Kulturförderung der Stadt aber auch bei der Beteiligung von Kultur-

akteuren etwa durch einen Kulturrat“, so Stephanie Schury

Durch die Corona-Pandemie ist dieser Prozess leider in Stocken geraten, denn sie verstärkt im Kulturbereich Probleme, die schon seit Längerem vorhanden sind. Kultur ist nicht ausreichend finanziert. Das Fördersystem wie auch ein Großteil der kulturellen Infrastruktur sind nicht auf Szenarien wie die aktuelle Pandemie ausgerichtet. Kultur findet häufig unter so prekären Bedingungen statt, dass jede Krise zur Existenzbedro-

hung wird. Befristete, niedrig vergütete Arbeitsverhältnisse und der hohe Anteil von Projektförderung lassen keine Rücklagenbildung zu und stellen sich als krisenanfällig heraus. Der Fokus der politischen Arbeit muss jetzt darauf liegen, Kultur und Kulturförderung zu erhalten und gleichzeitig für die Zukunft krisenfest zu gestalten.

Die soziale Sicherheit von Künstler*innen und Kulturschaffenden

muss dabei Vorrang haben. Kunst und Kultur können in der uns bevorstehenden Zeit Orientierung schaffen, indem sie neue Wege und Denkansätze aufzeigen, denn Kunst und Kultur sind gesellschaftsrelevant! Sie helfen uns, unterschiedliche Perspektiven auf unser gemeinsames Miteinander, auf unsere Lebens- und Konsumweisen sowie auf unsere Werte zu werfen und diese zu hinterfragen. Und deswegen ist es unsere Aufgabe, Kunst und Kultur auf sichere

Füße zu stellen, denn sie dient uns allen. Dafür kämpft DIE LINKE - auf der Straße und in den Parlamenten, in Kassel, in Berlin und überall. Denn es darf kein „Weiter so“ geben.

Stephanie Schury, kulturpolitische Sprecherin der Kasseler Linksfraktion ist Direktkandidatin im Wahlkreis Kassel und Platz 5 der Landesliste der LINKEN in Hessen.

ANTIRASSISMUS

Koloniales Erbe im Kasseler Osten

Im Stadtteil Forstfeld gibt es auch heute noch eine Vielzahl von Straßennamen, die Menschen aus den ehemaligen deutschen Kolonien auf dem afrikanischen Kontinent ehren.

In der sogenannten „Afrikasiedlung“ sind dies beispielsweise die Windhukstraße, die Wissmannstraße oder aber die Lüderitzstraße, auf deren Namensgeber stellvertretend näher eingegangen werden soll.

Die ehemalige Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“ auf dem Gebiet des heutigen Staates Namibia wurde von Adolf Lüderitz, einem Bremer Kaufmann 1883 gegründet. 1885 wird das Deutsche Reich koloniale Schutzmacht. Die deutschen Kolonist*innen in Namibia sehen sich als Eroberer einem höheren Volk zugehörig und leiteten daher auch das Recht ab, die Ureinwohner*innen des Landes zu unterdrücken. Rassismus und Brutalität gipfelte in Geißelungen, Vergewaltigungen und der Tötung von schwarzen Arbeiter*innen. Die Verbrechen der deutschen Täter*innen wurden oft nur mit geringen Strafen geahndet.

Als Ergebnis des Krieges gegen die Urvölkerung der Herero und der Nana wurden von 1903 bis 1907 60.000 Herero und 10.000 Nama getötet: durch Mord, in Konzentrationslagern verhungert oder in der Wüste verdursteten. Dieser Völkermord wurde nunmehr nach über 100 Jahren durch die Bundesregierung anerkannt und mit einer lächerlich kleinen Entschädigungssumme von 1,1 Mrd. EUR bedacht.

Wie kann die Stadt Kassel immer noch Menschen ehren, die den Grundstein für einen fortgesetzten Völkermord gelegt oder sich aktiv daran beteiligt haben? Zudem in anderen Städten die Umbenennung solcher Straßen nicht nur diskutiert, sondern auch vollzogen wird. 1998 hat Bochum die Lüderitzstraße umbenannt und Berlin-Mitte im Jahr 2018.

Gerade in der heutigen Zeit durch den immer stärkeren Rassismus sollte die Stadt Kassel ein Zeichen setzen und rassistische Menschen nicht weiter ehren. Es reicht nicht, dass ein kleines Schild

mit Erläuterungen zum Namen angebracht wird. Die Verbrechen werden mit keinem Wort erwähnt! Es darf nicht sein, dass in Kassel immer noch Mörder und Verbrecher aus Kaiser- oder Nazizeit öffentlich geehrt werden. Sind wir das nicht allen Opfern aus dieser Zeit aber auch denen des NSU, von Hanau, Mölln oder Solingen schuldig?

Die Stadt, der Oberbürgermeister, der Magistrat, die Stadtverordnetenversammlung sowie die gesamte Bevölkerung Kassels ist in der Pflicht.

Michael Behn



Hermann von Wissmann führte ab 1889 Krieg gegen die ostafrikanische Bevölkerung

Ohrfeige für Harleshausen

Der Ortsbeirat hatte einstimmig bei den Haushaltsberatungen 2021 erneut die Umgestaltung eines kleinen Platzes in der Ortsmitte beantragt. Es wäre die zweite Hälfte einer mit Bürger*innenbeteiligung vorgeschlagenen Maßnahme für mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität an der Wolfhager Straße.

Jetzt steht die Begründung in der vom Planungsamt empfohlenen und vom Magistrat der Stadt Kassel, namentlich von OB Geselle, empfohlenen Ablehnung. Jahrelang hieß es immer, es liege an den Kosten, diesmal heißt es klar und deutlich: man wolle auf die Parkplätze nicht verzichten. Sabine Leidig, Mitglied im Ausschuss Finanzen-Wirtschaft-Grundsatzfragen und linke Stadtverordnete aus dem Ortsteil ist empört: „Für Bäume und Bänke sollen ein paar Parkplätze weichen, aber das will der Oberbürgermeister nicht. Deshalb soll dieses Projekt gekippt werden. Das ist weder so-

zial noch ökologisch gerecht - und damit würden schon zwei zentrale Versprechen aus dem Koalitionsvertrag gebrochen.

Der Ortskern ist voll mit Autos, Parkplätzen und Durchgangsverkehr. Aber es gibt viel zu wenig Platz für menschliche Begegnung. Darauf sind vor allem aber diejenigen angewiesen, die sich keinen eigenen Garten leisten können“. Viele die dort wohnen, die in der Kulturinitiative oder im Ortsbeirat engagiert sind, set-

zen sich seit Jahren dafür ein, dass mehr Lebensqualität entsteht. Sollen Engagement und Bürgerbeteiligung wirklich gestärkt werden, wie es im Koalitionsvertrag behauptet wird, darf die Verwaltung die Anliegen nicht derart abtügeln. Sabine Leidig bleibt optimistisch: „Wir werden auf jeden Fall beantragen, dass über den Antrag abgestimmt wird. Jetzt müssen SPD und Grüne einfach nur Farbe bekennen - entschieden wird vom Stadtparlament.“



Im Herzen von Harleshausen: Parkplatzerhalt oder mehr Lebensqualität gewinnen?

regelmäßige Angebote und Aktuelles

Hartz-IV-Beratung organisiert durch das LINKE-Parteibüro Nordhessen.
Mehr Infos unter 0561/9201503

Die wöchentliche Sozialberatung der Kasseler Linke findet bis auf weiteres telefonisch statt. Rechtsanwältin Fr. Kathrin Fuchs steht donnerstags von 14 - 16 Uhr außerhalb der Ferien unter der Rufnummer 0561 787 3314 für Fragen rund um Soziales und ALG II zur Verfügung.

Jeden Mittwoch trifft sich die Linksjugend [´solid] ab 18 Uhr. Infos unter: linksjugend_kassel_stadt@riseup.net

Ein Termin bei der Flüchtlingsberatung kann über das Parteibüro Nordhessen unter 0561/9201503 vereinbart werden.

Aktuelles aus der Kommunalpolitik:
kasselerrathausblog.wordpress.com

Aktuelle Termine für Kassel unter:
www.linksfraktion-kassel.de/termine



Aufgrund von pandemiebedingter Beschränkungen finden Termine u.U. nur telefonisch oder per Videokonferenz statt.
Infos unter: **0561 - 7873315**

sozial kompass

Alternativer Stadtführer für den kleinen Geldbeutel

Kasseler Kultur- und Sozialkompass
10. aktualisierte Auflage



Mit diesem Leitfaden soll die Teilnahme am kulturellen, sozialen und politischen Leben dieser Stadt auch für Menschen mit wenig Geld unterstützt werden. Hier finden sich Tipps zu den Themen Essen und Einkaufen, Beratung und Hilfe, Freizeit, Bildung und vieles mehr. Vielleicht kann diese Broschüre dabei behilflich sein, aufzulanzen, Rat zu erhalten oder einfach einmal abzuschalten, um an anderer Stelle Kraft für Auseinandersetzungen und ein gemeinsames Engagement gegen Sozialabbau und soziale Gänge zu haben.

KASSELER LINKE
Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Impressum linKS zeitung

Herausgeber	Fraktion DIE LINKE, Obere Königsstr. 8, 34117 Kassel
Telefon	0561 - 7873315
E-Mail	info@linksfraktion-kassel.de
Web	www.linksfraktion-kassel.de
Redaktion	Jens Meyer
V.i.S.d.P.	Lutz Getzschmann
Druckerei	Thiele&Schwarz GmbH, Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel
Auflage	8.000

LINKSZEITUNG

www.linkszeitung.de bezeichnet sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung die Verwendung des Namens erlaubt.